

Wirtschafts- und Sozialpolitik gewinnt Konturen. Damit wird mittelfristig auch ein politisches Mitte-Links-Bündnis möglich, das zu einem der verschiedenen Motoren einer neuen und anderen Reformpolitik werden kann, bedingungsvoll, transparent, projektorientiert, wirkend in vielen Netzwerken. Bevor es so weit ist und damit es so weit kommt, werden noch viele Kämpfe zu fechten sein, wird DIE LINKE aus einer strategischen Minderheitenposition versuchen, Kräfteverhältnisse, Einstellungen und Bündnisse zu beeinflussen und zu verändern, Projekte

der Verteidigung der Bedingungen sozialer und demokratischer Politik offensiv vertreten und den Boden zu bereiten suchen für eine neue Linkswende der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die Freiheit und Gleichheit in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts solidarisch verbindet.



Michael Brie (*1954)
ist Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes und Leiter des
Bereiches Politikanalyse bei der
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.
brie@rosalux.de

Ludwig Stiegler

Ein Linksbündnis meistert keine Herausforderung der Zukunft

Der bayerische Landesvorsitzende der SPD sieht keine Möglichkeiten eines Linksbündnisses, solange die sogenannte LINKE sich nur als Protestpartei gegen jedwede Veränderung versteht und fortlaufend nationalen Protektionismus predigt, gewürzt mit einer unbekömmlichen Prise Fremdenfeindlichkeit. Der Entwurf der Sozialdemokratie müsse dagegen europäisch buchstabiert sein.

Was kommt nach den Zeiten der Großen Koalition? Wir schreiben erst 2007, das nicht geliebte, aber von den Wählerinnen und Wählern so gewollte Zweckbündnis auf Bundesebene hat noch zwei Jahre vor sich. Zwei Jahre, in denen wir – allen Schwierigkeiten zum Trotz – unseren Wählerauftrag befolgen und Politik machen sollten. Politik, so gut es eben geht, wenn zwei Parteien zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, die mehr trennt als verbindet. Statt aber über die politische Arbeit zu berichten, über die Projekte der schwarz-roten Wahlverwandtschaft in Berlin, ihre Erfolge und natürlich auch ihre Differenzen, sprießen seit Wochen in allen ernst oder weniger ernst zu nehmenden Blättern dieser Republik die Spekulationen: Wer trifft sich mit wem? Wo wird was wie besprochen? Welches Ber-

liner Restaurant dient welchen Geheimtreffen, die ja so geheim nicht sein können, wenn zwei Tage später bereits über sie berichtet wird? Rot-Grün, Schwarz-Gelb, Ampel, Jamaika – sämtliche Varianten werden an-, durch- und bis zum Überdross ausdiskutiert.

In diesen Tagen, nach dem Wahlsieg mit Einbußen der SPD in Bremen und dem Einzug der LINKSPARTEI in die Bremer Bürgerschaft, ist vor allem die Frage nach der Zukunft eines rot-roten Bündnisses auf Bundesebene wieder zum journalistischen Gassenhauer geworden.

Mal abgesehen davon, dass ich es für fatal halte, den Wählerinnen und Wählern auf diese Art und Weise vorzugaukeln, ihre Abgeordneten befassten sich nur mit ihren Aus- und Absichten für das Jahr 2009 anstatt mit aktuellen Problemen und

deren Lösungen, gebe ich den Medienvertretern in einem recht: Die SPD kann und darf die LINKSPARTEI nicht totschweigen. Wir dürfen die Auseinandersetzung nicht scheuen, ja, wir müssen sie sogar suchen, gerade weil wir mit dem erstmaligen Einzug dieser zusammengewürfelten Protestpartei in ein westdeutsches Landesparlament nicht zufrieden sein können. Was in dem Zusammenhang zählt, ist nicht nur die viel beschworene Furcht vor dem Niedergang der Volksparteien – eine Parteienlandschaft kann sich ändern, genau genommen muss sie das vielleicht sogar dann und wann in einer lebendigen Demokratie. Außerdem ist es keine Überraschung, dass in Zeiten einer Großen Koalition auf Bundesebene die kleineren Parteien Stimmenzuwächse genießen.

Nein, was zählt, sind die Interessen, Ängste und Vorstellungen der Wählerinnen und Wähler der LINKSPARTEI. Wir müssen die Auseinandersetzung suchen, um ihnen klar zu machen, dass diese Partei alles ist, nur eines nicht: links.

Von Interesse ist nicht eine Debatte mit den gewitzten Oberen dieser so genannten Linken, die sich als Weltverbesserer maskieren und die Ängste der Menschen schamlos zur Erfüllung ihrer eigenen Machtgelüste ausnutzen. Von Interesse sind all die, denen da vorgespielt wird, aus reinem Beharren könnte eine sichere, friedliche und lebenswerte Zukunft erwachsen. Um dieser Auseinandersetzung ein paar Anstöße zu geben, will ich im Folgenden erörtern, warum aus meiner Sicht aktuell keine Perspektive für ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene besteht.

Dass Koalitionen keine Liebesheirat sein müssen, habe ich oben geschrieben. Es versteht sich von selbst. Dass sie aber nur dann sinnvoll und zumindest mit Aussicht auf politische Erfolge funktionieren, wenn die Koalitionspartner bei allen Unterschieden einander ernst nehmen und sich auf Augenhöhe begegnen kön-

nen, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Ernst nehmen können wir politische Partner, wenn sie bereit sind, Politik zu machen, sprich, den Willen haben, durch verfassungsgemäßes Handeln zur Gestaltung unseres Gemeinwesens beizutragen. Diesen Gestaltungswillen kann ich – so leid es mir tut – bei der so genannten Linken nicht erkennen.

Ihr Ziel ist einzig und allein der Protest. Ja, Protest kann ein wichtiges gesellschaftliches Moment sein, kann mitunter zum bedeutsamen Korrektiv werden, notwendig sein – manchmal wünsche ich mir heute mehr davon. Wird Protest aber zum Parteiprogramm, ein Protest, der sich selbst genügt, aus dem heraus nicht Maßgaben eines verantwortlichen Handelns für das Gemeinwesen entwickelt werden, dann entspricht das nicht unserem Verständnis von verantwortungsvollem und aufrichtigem politischen Handeln.

Im Gegenteil: Die so genannte LINKE suggeriert ihren Wählerinnen und Wählern, der Protest gegen jegliche Veränderung und, daraus folgend, das Beharren auf althergebrachten Privilegien, den gewohnten Sicherheiten und nationalstaatlichem Eigensinn könne uns alle dauerhaft vor einer ungewissen Zukunft schützen und gar noch gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften. Das ist mehr als unaufrichtig, es ist in höchstem Grade unverantwortlich.

Kein Weg zurück in den alten Nationalstaat

Tatsache ist, dass die vielfältigen und schnellen Globalisierungsprozesse uns alle einer sich dramatisch verändernden und veränderten Welt aussetzen und weiter aussetzen werden. Tatsache ist, dass einige dieser Prozesse die Gestaltungsmöglichkeiten von Politik einschränken: Im Allgemeinen, weil viele Globalisierungsprozesse aus der Zivilgesellschaft selbst heraus entstehen, in relativer

Distanz zur Politik. Und im Besonderen gerade in den westlichen Sozialstaaten. Als Folge der Globalisierung der Kapitalmärkte und mit Eröffnung der Standortkonkurrenz wird es linker Politik erschwert, Kapitalismus zu domestizieren und gerechte Verteilung zu gewährleisten. Einigen dieser Veränderungen stehen wir rat- manchmal auch hilflos gegenüber. Aber es hilft nichts: Eine Chance, soziale Gerechtigkeit auch im 21. Jahrhundert durchzusetzen, unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – nicht verkommen zu lassen, haben wir nur, wenn wir uns den Herausforderungen des Heute stellen. Streiten können und müssen wir über Konzepte und Ideen, wie wir diesen Herausforderungen begegnen. Aus dem Patent-Rezept »Protest« aber, so viel ist klar, wird keine zukunftsfähige Mahlzeit für uns alle.

Veränderungen nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance zu begreifen, war seit jeher eine Eigenschaft der Linken. So unterschiedlich »Links-Sein« vom 19. Jahrhundert bis in unsere Tage hinein auch besetzt und charakterisiert gewesen sein mag, die Linken sahen sich immer als eine Partei des Fortschritts. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Fortschritt heißt aber auch, bereit sein, umzudenken, gerade um unsere Grundwerte zu sichern und zu stärken. In diesem Sinne ist die LINKSPARTEI, die Veränderungen ausblendet und einen *Status quo* verteidigt, der nicht zukunftstauglich ist, alles andere als links, denn sie ist zukunfts- und fortschrittsfeindlich.

Wir wollen die Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten. Wir wollen nach wie vor die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, garantiert durch die Grundrechte und orientiert an der Idee einer solidarischen Bürgergesellschaft. Das umzusetzen ist nicht einfach und braucht Zeit. Aber es ist möglich, wie der momentane Aufschwung ohne Sozial-

abbau und die stetig besser werdenden Arbeitsmarktdaten in diesen Monaten zeigen. Den Blick auf die Wirklichkeit trüben uns diese guten Nachrichten nicht. Deshalb kämpfen wir dagegen an, dass zunehmend in prekäre Arbeitsverhältnisse vermittelt wird, dass die Arbeitnehmerüberlassung mit sehr niedrigen Löhnen auf dem Vormarsch ist und dass die Zahl der Beschäftigten steigt, die ergänzend zu ihrem Arbeitseinkommen zusätzliche Leistungen nach *Hartz IV* brauchen.

Wer jedoch nicht politisch kämpft, sondern plump mit den berechtigten Zukunftsängsten der Menschen spielt, wie die Marktschreier der so genannten Linken, wer Realitäten leugnet und vage Verheißungen wie z.B. ein Grundrecht auf Arbeit in den Raum stellt, der verbaut die Zukunft. Nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die von morgen, für welche die Politik von heute mitdenken und mitgestalten muss.

Einen Weg zurück in den alten Nationalstaat des 20. Jahrhunderts gibt es – entgegen der scheinheiligen Versprechungen der LINKSPARTEI – nicht. Wenn wir dafür kämpfen, dass der Mensch nicht zur Ware wird, dass der Mensch immer mehr wert sein muss als das Kapital, dann können wir heute nicht mehr nur in nationalstaatlichen Kategorien denken. Unser Gegenentwurf muss wie Erhard Eppler sagt »global oder doch zumindest regional sein, und das heißt für uns: europäisch«. Links ist europäisch. Wer fortlaufend nationalen Protektionismus predigt, dann und wann noch mit einer Prise Fremdenfeindlichkeit gewürzt, der hausiert im Lager der Rechten und ist schlichtweg populistisch – nicht links. Linke Politik weiß, dass Wohlstand und Wachstum, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Frieden geknüpft sind an ein »starkes und soziales Europa ebenso wie (an) eine globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik«.

Linke Politik wird mehr denn je gebraucht. Und für eine linke Politik brauchen wir heute jeden Einzelnen und jede Einzelne. Es muss uns deshalb darum gehen, immer wieder offen und kritisch zu diskutieren, was links heute ist, was es sein kann und eben auf keinen Fall sein darf. Diese Diskussion müssen wir innerhalb der SPD verstärkt führen – wie jetzt im Rahmen unserer Grundsatzprogrammdebatte –, aber auch auf breiter gesellschaftlicher Ebene und mit den Wählerinnen und Wählern der LINKSPARTEI. Eine große Portion Unerschrockenheit täte uns dafür ebenso gut wie die Ehrlichkeit, auch Unbequemes auszusprechen. Politisches Allmachtsgetue ist fehl am Platz, das Abschieben von Verantwortung aber

nicht weniger. Bündnisse auf Bundesebene mit der umgetauften SED-Nachfolgepartei und einer selbsternannten Wahlalternative, die keine Alternative für die Zukunft aufzeigt, können die Herausforderungen der Zeit nicht meistern. Linke Politik kann es, mit gemeinsamer Anstrengung und der steten Verständigung darüber, wie wir soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert verstehen, bewahren und stärken wollen.



Ludwig Stiegler (*1944)
ist Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion.
ludwig.stiegler@bundestag.de

Björn Böhning

Crossover?

Die Chancen einer Koalition links der Mitte

Eine offene Strategiedebatte ist angesagt. Geeigneten Anlass dazu böte gerade das Erstarken der LINKSPARTEI, das der Autor auf die »Unfähigkeit der SPD« zurückführt, »das Bündnis aus aufstiegsorientierten und abstiegsbedrohten arbeitnehmerischen Milieus zu bewahren«. Frühestens 2013 sieht er eine Bündnischance. Momentan jedoch werde die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und LINKSPARTEI umso aggressiver geführt, je mehr Lafontaine & Co unter Prekariern »Teilhabe-Illusionen« nährten.

Wohl war, die Zeiten sind unwägbarer geworden. Die SPD erlebt in der Großen Koalition die Phase eines Übergangs. Eines Übergangs, bei dem das Ziel noch völlig unklar ist: Gelingt es der SPD die unterschiedlichen Lebensstile und Milieus, die ihre Anhängerschaft ausmacht, zu einem starken Projekt »linke Volkspartei« zu bündeln? Oder wird sie zu einer flexiblen und beweglichen Partei der aufstiegsorientierten Arbeitnehmersmilieus, die der politischen Taktik weit mehr Spielraum einräumt als der Wertefundierung? Für beide Szenarien gibt es positive und nega-

tive Beispiele in Europa. In Italien haben es die linken, sozialdemokratisch orientierten Parteien geschafft, in einer konzentrierten Massenaktion das neo-faschistische Berlusconi-Regime abzulösen. In Deutschland dagegen vermag es die SPD zumindest zurzeit nicht, den Charakter einer Volkspartei einzulösen.

Auf der anderen Seite sind die meisten skandinavischen sozialdemokratischen Parteien bewegliche Organisationen in der Mitte des Spektrums, die flexibel mal Mitte-Rechts und mal Mitte-Links-Koalitionen eingehen. Hier hat sich eine